

Martina Bunge

Erklärung zur Abstimmung

GKV-FinG, 12.11.10

Anrede

**Ich lehne das Gesetz ab, weil**

Sie zwar vorgeben, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig und sozial ausgewogen zu stabilisieren – so zumindest der Titel ihres Gesetzes.

Tatsächlich führen Sie aber die Kopfpauschale durch die Hintertür ein, frieren die Beiträge der Arbeitgeber ein und lassen die Versicherten alle künftigen Kostensteigerungen allein tragen.

Das kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, denn das ist zutiefst unsozial.

So zerschlägt schwarz-gelb die solidarische Krankenversicherung.

**Ich lehne das Gesetz ab, weil**

Sie die Bürgerinnen und Bürger täuschen und das Gesetz schön reden.

Tatsächlich ist die Kopfpauschale in Form der verschärften Zusatzbeiträge eine Zeitbombe. Die Anhebung des Beitragssatzes um 0,6 Prozentpunkte zum 1. Januar nächsten Jahres verzögert vorerst die Auswirkungen ihrer sogenannten Gesundheitsreform.

Aber bereits 2020 werden die Zusatzbeiträge vermutlich schon 100 Euro, im Monat, betragen.

Und Ihr sogenannter Sozialausgleich ist ein ungedeckter Scheck in die Zukunft.

Zusätzliche Belastungen werden alle Versicherten zu spüren bekommen, aber vor allem die Niedrigverdienerinnen und Niedrigverdiener.

Nutznieser dieser schwarz-gelben Gesundheitspolitik sind allein die Privatversicherungen, die Arbeitgeber und die Pharmakonzerne.

**Ich lehne das Gesetz ab, weil**

Sie den Angleichungsprozess der Bundesländer, nicht nur Ost an West, sondern auch zwischen Nord und Süd aufhalten.

Ganz massiv wirkt sich das bspw. auf die Krankenhäuser in meinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern aus.

Dort haben wir den niedrigsten Landesbasisfallwert der Bundesrepublik.

Der Angleichungsfahrplan hin zu einem einheitlichen Wert für das gesamte Bundesgebiet stand war bereits geregelt, sie kippen das Ganze.

Die Zeit ist reif, dass für eine Blinddarm-Operation in Mecklenburg-Vorpommern das gleiche Geld zur Verfügung steht wie für eine Blinddarm OP in Rheinland-Pfalz.

Es mag ja regionale Unterschiede geben zwischen den Kostenstrukturen von Krankenhäusern, bspw. zwischen Stadt und Land.

Aber erklären sie doch mal jemanden, warum ein Krankenhaus auf dem Lande in Rheinland-Pfalz mehr Geld für eine OP bekommt als ein Krankenhaus auf dem Land in Mecklenburg oder Vorpommern.

Sie begründen diese Ungerechtigkeiten damit, dass es dann es einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern gäbe.

Dieses Beispiel zeigt doch nur, dass diese Regierung total wettbewerbsfixiert ist, egal ob das sinnvoll ist oder nicht, Hauptsache Wettbewerb.

Aber: Gesundheit ist keine Ware.

Tatsächlich werden die Krankenhäuser weiter in Bedrängnis gebracht.

Das fehlende Geld geht zu Lasten der Beschäftigten und Patientinnen und Patienten.

Alle Kalkulationen werden mit diesem Gesetz null und nichtig.

Die Frage steht jetzt: Löhne erhöhen oder Personal aufstocken. Beides wäre nötig, um genug Personal zu haben und die Arbeitsbelastungen zu mindern.

Wenn die Löhne weiter auf niedrigem Niveau verharren, wird die Anwerbung von Personal noch schwieriger.

Fachkräfte wandern dorthin, wo gut bezahlt wird. Ich mache mir ernsthafte Sorgen um die medizinische Versorgung in meinem Land.

### **Ich lehne das Gesetz ab, weil**

es unnötig ist.

Der Umstieg in die Kopfpauschale könnte ganz rasch vermieden werden, wenn das prognostizierte Milliarden-Loch der Krankenkassen durch sozial gerechte Sofortmaßnahmen gestopft würde.

Wir schlagen vor, endlich mit den Verschiebepahnhöfe zwischen den verschiedenen Zweigen der sozialen Sicherung aufzuhören, wie beim viel zu niedrigen Krankenkassenbeitrag, der für die Arbeitslosengeld II-Bezieher/innen gezahlt wird.

Noch ist der Bundeshaushalt nicht verabschiedet, Sie rechnen mit Steuermehreinnahmen - hier wäre ein sinnvolle Feld, wo endlich reiner Tisch gemacht werden könnte.

Und das Gesetz heute wäre nicht nötig.

Wir könnten in Ruhe daran gehen, das solidarische Gesundheitssystem, das von der Bevölkerung als Errungenschaft geschätzt wird, zu erhalten und auszubauen – fit zu machen für die Zukunft, z. B. mit einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

### **Ich lehne das Gesetz letztlich ab, weil**

Sie dieses Gesetz - mit so weitreichenden Wirkungen nach nur 6 Kalender-Wochen - real nur 3 Sitzungswochen im parlamentarischen Geschäft durchziehen.

Das hat mit seriöser Gesetzgebung nichts zu tun.

Und ganz logisch, kündigen die Koalitionäre bereits Nachbesserungsbedarf an – das Spahn-Straubinger-Flach Papier von Donnerstag letzter Woche beweist es.

Sie beschließen das Gesetz mit Ihrer Mehrheit, einer Mehrheit, die der letzten Wahl geschuldet ist, die aber längst nicht mehr dem aktuellen Geschehen in der Bundesrepublik entspricht.

Sie beschließen es, obwohl 80 Prozent der Bevölkerung keine Kopfpauschale haben will und für den Erhalt einer solidarischen Krankenversicherung ist.

Sie beschließen es, obwohl seit Wochen Sozialverbände, Gewerkschaften und die Oppositionsparteien gegen die Kopfpauschale mobil machen.

In Lüchow-Danneberg sagte am Samstag eine Demonstrantin gegen die Atom-Politik der Bundesregierung - an einen Politiker gewandt: „Wir haben kein Vertrauen mehr in die Politik bis Sie uns beweisen, dass Sie Politik für die Menschen machen und nicht für die Konzerne.“

Und heute setzen Sie dieser unsozialen Politik, einer Politik, die an den Wünschen und Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung vorbei geht, einen weiteren gravierenden Fakt hinzu.

Was für ein Demokratieverständnis ist das bloß?

Wir werden das heutige Gesetz nicht als unveränderlich hinnehmen - und viele sind da mit uns. Sie können sich auf heftigen Widerspruch gefasst machen!

Deshalb stimme ich heute gegen dieses Gesetz.